

## Erfolg bei „Jugend musiziert“

■ **Verl/Gütersloh** (kap). Neun Gruppen des Schlagzeugpädagogischen Jörg Prignitz sind in der Musik- und Kunstschule Bielefeld beim Regionalwettbewerb von „Jugend musiziert“ angetreten. Alle neun haben in ihren Altersgruppen einen ersten Platz zugesprochen bekommen. Acht von ihnen sind zum Landeswettbewerb, der im März in Wuppertal stattfinden wird, weitergeleitet worden. Unter den ersten Preisträgern ist auch der zwölfjährige Finn Dücker. Der Friedrichsdorfer, der das Gymnasium Verl besucht, erreichte als Teil eines Trios 23 von 25 Punkten.

## Restkarten für St.-Anna-Karneval

■ **Verl** (nw). Für die Karnevalsveranstaltung der Katholischen Frauengemeinschaft St. Anna Verl am Altweiber-Donnerstag, 8. Februar, gibt es noch Restkarten. Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr im Pfarrzentrum am Kühlmannweg 8. Die Karten können bestellt werden bei Elisabeth Grauthoff unter Tel. (0 52 46) 30 35.

## Karnevalsfeier im Pfarrzentrum St. Anna

■ **Verl** (nw). Zweimal in Folge fällt der Spieletreff für Senioren im Pfarrzentrum St. Anna aus – und zwar am Mittwoch, 31. Januar, und am Mittwoch, 7. Februar. Stattdessen laden die Veranstalter alle Senioren zur Karnevalsfeier am Dienstag, 6. Februar, ein. Beginn ist um 15 Uhr.

## Keine Mehrheit für beitragsfreie Kita-Plätze

**Antrag:** Der SPD-Vorstoß trifft auf Ablehnung der anderen Fraktionen. Aus mehreren Gründen

■ **Verl** (rt). Einen beitragsfreien Kindertagesstättenbesuch wird es in Verl vorerst nicht geben. Nachdem die SPD für ihren Vorschlag am Montagabend im Jugendhilfeausschuss keinerlei Unterstützung finden konnte, dürfte der Antrag auch bei der endgültigen Entscheidung im Rat in zwei Wochen chancenlos sein.

Der Stadt gehe es wirtschaftlich gut, und nach der angekündigten Senkung der Grundsteuern sei es an der Zeit, „auch speziell Familien mit Kindern etwas zurückzugeben“, begründete Ratsfrau Elke Henkemeier den wiederholten Vorstoß der Sozialdemokraten („Das ist fast schon unser Klassiker“). In anderen Bundesländern werde bereits so verfahren: Hessen und Niedersachsen hätten mit Jahresbeginn den Elternbeitrag für den Kita-Besuch abgeschafft, auch die Städte Hamburg und Berlin erhöhen keine Beiträge mehr. Selbst die Verler CDU habe vor zehn Jahren bereits angekündigt, langfristig eine Beitragsfreiheit anzustreben, so Henkemeier.

Die so Angesprochenen kündigten jedoch an, dem Antrag nicht zuzustimmen. Aus drei Gründen: Die Stadt würde der Verzicht auf den Elternbeitrag jährlich rund eine Million Euro zusätzlich kosten. Zudem sei zu befürchten, dass sich ein „Kita-Tourismus“ aus den umliegenden Kommunen nach Verl entwickle, wenn die Eltern andersorts für den Kita-Besuch zah-

len müssten, in Verl jedoch nicht. „Wir können das nicht im Alleingang tun“, sagte Nicole Gärtner, die schließlich darauf hinwies, dass von einer Beitragsbefreiung vornehmlich die finanziell Bessergestellten profitieren würden: „Schließlich haben wir eine Staffellung nach der Einkommenshöhe.“

Rebecca Mohncke von den Grünen sah das genauso und empfahl, die von der Landesregierung angekündigte Änderung des Kinder-Bildungsgesetzes (KiBiz) zunächst abzuwarten. Auch sie sprach sich dafür aus, keinen Alleingang zu unternehmen.

Der Jugendhilfeausschuss lehnte zudem den SPD-Antrag ab, in den kommunalen Kitas jeweils 1,5 neue Personalstellen für die pädagogische Betreuung zu schaffen. Das komme der Qualität der pädagogischen Arbeit zugute, die immer stärkeren Anforderungen unterliege, begründete Henkemeier die Forderung ihrer Fraktion.

Dies führe jedoch zu einer Ungleichheit mit den Einrichtungen der freien Träger wie Kirchengemeinden und AWO, hielt die CDU dagegen. Denen fehle dafür schlicht das Geld. Der Erste Beigeordnete der Stadt, Heribert Schönauer, sah in dem Vorschlag der SPD gar „eine Diffamierung der Arbeit der Kitas“. Diese machten „eine super Arbeit“. Es sei „ganz unglücklich, die geforderte Personalaufstockung mit der Qualität zu begründen“.

## Fallzahl verdreifacht

**Unterhaltsvorschuss:** Nur in jedem vierten Fall kann die Stadt sich das Geld zurückholen

■ **Verl** (rt). Die Stadt stockt ihr Personal im Jugendamt auf. Nachdem im vergangenen Jahr die gesetzlichen Regelungen zum Unterhaltsvorschuss geändert worden sind, hat sich die Zahl der im Verler Rathaus betreuten Fälle mehr als verdreifacht. Das teilte Jugendamtsleiter Patrick Bullermann im Jugendhilfeausschuss mit. In der Folge schafft die Stadt eine zusätzliche Vollzeitstelle.

Die Zahl der Fälle stieg von 78 im Jahr 2016 auf aktuell 239 an. Die Stadt übernimmt hiermit Vorschüssen Unterhaltszahlungen für Kinder, die von dem Elternteil, bei dem sie

nicht leben, keinen oder keinen regelmäßigen Unterhalt bekommen. 515.000 Euro stehen für diese Zahlungen im Haushalt 2018 bereit, 70 Prozent davon erstatten Bund und Land der Stadt. Hinzu kommen mehr als 147.000 Euro an Personalkosten. Die geleisteten Vorschüsse holt sich die Kommune später bei dem säumigen Elternteil zurück – was aber nur in jedem vierten Fall möglich ist. Alles in allem wird die Stadt im laufenden Jahr von ihren Aufwendungen in diesem Bereich rund 250.000 Euro aus Steuermitteln finanzieren müssen.



**Noch eine Baustraße:** Die Daimlerstraße im Kaunitzer Gewerbegebiet Kapellenweg soll im kommenden Jahr ausgebaut werden. Die Stadt rechnet mit Baukosten von 1,2 Millionen Euro. Zuvor soll aber das Ende der Bauarbeiten bei Nobilia abgewartet werden. Das Unternehmen will ein Parkhaus errichten. FOTO: ROLAND THÖRING

# Erst das Parkhaus, dann die Straße

**Gewerbegebiet Kapellenweg:** Wenn die Firma Nobilia ihre Bauarbeiten beendet hat, will die Stadt den Endausbau der Daimlerstraße angehen – das teuerste Straßenbauprojekt in den kommenden acht Jahren

Von Roland Thöring

■ **Verl.** Die Stadt will mit dem Endausbau der Daimlerstraße und des dazugehörigen Stichweges im Gewerbegebiet „Kapellenweg“ in Kaunitz erst im kommenden Jahr beginnen. Der Grund: Von Mitte Juni bis Mitte Dezember wird das anliegende Unternehmen Nobilia auf seinem heutigen Parkplatzgelände ein Parkhaus errichten. Die Stadt will den Ausbau der Daimlerstraße mit Rücksicht auf den zusätzlichen Schwerlastverkehr während der Bauarbeiten erst im Anschluss vornehmen lassen und die Arbeiten deshalb zwischen September und November ausschreiben. Baubeginn könnte dann im Frühjahr 2019 sein. Einen entsprechenden

Beschlussvorschlag hat die Verwaltung dem Straßen-, Wege- und Verkehrsausschuss des Rates für dessen Sitzung heute Abend vorgelegt. Die Beratungen beginnen um 18 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Rathauses.

Die Daimlerstraße steht auf der Prioritätenliste der Stadt hinter dem Ausbau der Straße Am Hang in Bornholte-Bahnhof und Bleiweg in Verler West an dritter Stelle. Nach der heutigen Planung ist sie mit geschätzten Herstellungskosten von 1,2 Millionen Euro im kommunalen Straßenbauprogramm der kommenden acht Jahre die mit Abstand teuerste Straßenbaumaßnahme. Das Geld ist bereits für das laufende Jahr im Haushalt vorgesehen. Daimlerstraße und Stich-

weg sind derzeit nur als Baustraße angelegt und haben durch den Lastwagenverkehr der benachbarten Betriebe nicht nur im Bereich der Bankette schwer gelitten. Besonders der nördliche Teil der Straße befindet sich in einem sehr schlechten baulichen Zustand.

### 1,4 Millionen Euro für den Straßenausbau im laufenden Jahr

Insgesamt sieht das Straßenbauprogramm für 2018 Ausgaben in Höhe von 1,4 Millionen Euro vor. 120.000 Euro sollen in den Bleiweg fließen, die restlichen 80.000 Euro verteilen sich auf Arbeiten an Lerchen- und Brummelweg, Trakehrer Straße, Finken- sowie

Sperberweg. Für eine Gesamtsumme von 616.000 Euro will die Stadt zudem Straßen erneuern. Konkret geht es dabei um die Ulmenstraße, den Stichweg Am Ölbach, den Westfalenweg im Abschnitt zwischen dem Titanweg und der Eiserstraße und den Einmündungsbereich der Bogenstraße. Deckensanierungen sollen im laufenden Jahr auf der Winter- und der Südstraße sowie dem Espelner Weg durchgeführt werden. Für die drei Projekte stehen im Haushalt 148.500 Euro bereit.

Um künftig schneller und preisgünstiger ausbauen zu können, denkt die Stadtverwaltung darüber nach, zukünftig Straßenausbauten so zu terminieren, dass sie über die Wintermonate ausgeschrieben

werden können. Damit betroffene Anlieger, der Rat und auch die Verwaltung selbst vorausschauend planen können, habe sie eine nach Jahren gestaffelte Prioritätenliste aufgestellt, teilt die Verwaltung mit.

Diese Liste, die ebenfalls heute Abend Thema im Straßen-, Wege- und Verkehrsausschuss sein wird, soll in den kommenden Jahren fortgeschrieben werden. Sie verzeichnet derzeit 48 Straßenausbaumaßnahmen in Verl und den Ortsteilen, für deren Umsetzung die Stadt – nach heutigem Stand – bis zum Jahr 2025 mehr als 13,2 Millionen Euro investieren müssen. Weitere 29 Projekte in einem Umfang von rund 8,7 Millionen Euro könnten dann ab 2026 angegangen werden.

## „Ich will aus der Schwere raus“

**Lesung:** Maria Hagenschneider berichtet in ihrem Buch, wie sie ihren todkranken Mann in seinen letzten Lebenswochen im Hospiz begleitet hat

■ **Verl** (rb). Die letzten Tage gemeinsam verbringen, einem geliebten Sterbenskranken bis zum irdischen Ende nahe sein, das hat Maria Hagenschneider in ihrem Buch „Tage voller Leben“ beschrieben. Die letzten zehn Wochen seines Lebens hat sie gemeinsam mit ihrem Mann in einem Hospiz in Hamm verbracht. Auf Einladung der ambulanten Hospizgruppe Verl las sie nun im Patmos Verlag erschienenen Aufzeichnungen vor.

„Sie treten Ihre letzte Reise an“, hatte der Arzt ihrem 63-jährigen, schon seit Jahren an Krebs leidenden Mann im September 2012 gesagt. Im Hospiz bestand für Maria Hagenschneider die Möglichkeit, ihn auf dieser Reise ein Stück zu begleiten. „Es gelang, die Entscheidung zusammen zu tragen“, sagte sie.

Am schwersten sei dabei gewesen, bewusst das häusliche Umfeld, auch all die Dinge, die das gemeinsame Leben geprägt hatten, zu verlassen im Wissen, dorthin nicht wieder gemeinsam zurückzukehren.



**Hospizleben:** Gabriele Lühn (v.l.) vom Heimatverein sowie Ute Schröder und Andrea Ullenbrock von der Ambulanten Hospizgruppe Verl begrüßten Maria Hagenschneider (3. v.l.) zu einer Lesung über letzte Tage im Hospiz. FOTO: ROLF BIRKHOLZ

Die geschützte Umgebung des Hospizes und die Betreuung durch dessen Mitarbeiter halfen unerwartet: Wenn aus den zunächst angenommenen zwei Wochen Aufenthalt schließlich zehn wurden, ihr Mann also über die Prognosen hinaus einige Zeit länger lebte, sei dies auch den Möglichkeiten dieses Hauses zu verdanken, vermutet die Autorin.

Sie schildert schöne, erbau-

er macht ihr in ihrer neuen Hose, die ja auch für ihr Weiterleben steht, ein Kompliment.

Den Eheleuten hilft auch ihr gemeinsamer christlicher Glaube, der Trost spendet, Last erleichtert. So kann Maria Hagenschneider zum Beispiel wohlthuende Waschungen mit Wasser und Ölen, die ihrem Mann zuteil werden, jenseits der medizinischen Wirkungen mit fast sakramentalen Salbungen in Verbindung bringen und so das Geschehen vor einem erweiterten Horizont wahrnehmen.

„Ich bin froh, dass ich es geschrieben habe“, sagt die Autorin zu ihrem Buch, denn es gebe „viele ähnliche Situationen“. Alle gestalteten solche Begleitungen anders, erläuterte Brigitte Gehle, die unter den 25 Zuhörerinnen anwesende Leiterin des Gütersloher Hospizes, das, anders als das Haus in Hamm, überkonfessionell ausgerichtet ist. Sie fand durch das Buch unterstrichen: In Hospizen werde zwar gestorben, „aber in erster Linie wird ganz viel gelebt“.

## CDU: Kosten für Straßenausbau planbarer machen

■ **Verl** (lina). Mehr Transparenz und Planungssicherheit für Grundstückseigentümer in Neubaugebieten wie für die Verwaltung bei der Einschätzung anfallender Kosten: Das erhofft sich die CDU-Fraktion von einem Prüfauftrag an die Stadt. Die Verwaltung soll einerseits feststellen, „in wie weit bei neuen Baugebieten schon zukünftige Straßenausbaugebühren, die anteilig von den Grundstückseigentümern bezahlt werden müssen, bereits bei der Erschließung der Grundstücke mit den geschätzten Kosten abzurechnen sind“. Als Begründung führen die Christdemokraten an, dass, wenn Straßenausbauten erst nach einigen Jahren abgerechnet werden, die Eigentümer nicht mehr damit rechnen, dass Beiträge fällig würden. Außerdem soll die Verwaltung prüfen, ob Investitionen für Straßeninstandhaltung oder -sanierung frühzeitig ausgewiesen werden können. Der CDU geht es dabei um mehr „Haushaltsklarheit“, heißt es in der Begründung.